

Horst Bethge/Gerrit Große/
Nele Hirsch/Ulrike Zerhau (Hrsg.)

PISA-Schock: **Was sagt** **DIE LINKE?**



Horst Bethge/Gerrit Große/
Nele Hirsch/Ulrike Zerhau (Hrsg.)
PISA-Schock:
Was sagt DIE LINKE?

Horst Bethge/Gerrit Große/
Nele Hirsch/Ulrike Zerhau (Hrsg.)

PISA-Schock: Was sagt DIE LINKE?

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-290-1

Inhalt

Vorwort der HerausgeberInnen 9

Anstelle einer Einleitung 15

Aktuelle Grundfragen

Ulrike Zerhau
Gesellschaft und Bildung aus der Sicht der LINKEN 20

Andrea Liesner/Ingrid Lohmann
Bildung für das 21. Jahrhundert – für alle? 30

Armin Bernhard
Rohstoff Mensch: »Bildung« in der neoliberalen Gesellschaft 46

Ulrich Thöne
**Die Privatisierung in der Bildung
und der gewerkschaftliche Widerstand** 64

Hans-Georg Hofmann
Wir und die anderen 74
Die Frucht des Zweiklassenstaates Bundesrepublik –
eine ruinierte Schule

Klaus Bullan
Die Bildungspolitik der CDU – in Hamburg und anderswo 93

Günter Wilms
Zur Entwicklung der Einheitsschulidee 104
Konsequenzen für die Bildungspolitik der Partei DIE LINKE

Reinhard Frankl
Bildung ist keine Ware! 128
Die Entwicklung des derzeitigen GEW-Konzeptes
zur Finanzierung einer besseren Bildung

Bodo Ramelow	
Grundprobleme der Bildungsfinanzierung in Deutschland	137
Plädoyer für einen nationalen Bildungspakt	
Ulrik Ludwig	
Selbst verantwortete Schule – selbst verantworteter Mangel	142
Horst Bethge	
Für ein öffentliches Bildungswesen – gegen Privatisierung und Kommerzialisierung	152
Autorenkollektiv AG »Du bist Bertelsmann« Bremen/Hamburg	
Schulrationalisierung und Bertelsmann	160
Elke Renner	
»Gesamtschule« in Österreich auf dem Weg zum neoliberalen EU-Projekt	168

Aktuelle Kontroversen

Karin Haas	
Was tun für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund?	170
Rosemarie Hein	
Stadtteilschule? Gemeinschaftsschule? Gesamtschule? Einheitsschule?	176
Ingrid Wenzler	
Was steckt in der Bezeichnung »Gesamtschule«?	182
Horst Bethge	
Anmerkungen zur Schulstrukturdebatte	185
Cornelia Falken	
Zwei Säulen in Sachsen	187
Rolf Jüngermann	
Der gymnasiale Habitus als Medium der sozialen Selektion	194

Dörte Putensen	
Neue Schule – neue Lehrer: Reform der Lehreraus- und Weiterbildung	205
Zehn Thesen zur Lehrerbildung	
Babette Haß	
Für eine andere Lehrerausbildung	208
Bernhard Nolz	
Demokratische LehrerInnen-Bildung	210
Friedenskulturelle Impulse für eine Reform der Schule und der LehrerInnen-Bildung	
Susanne Hennig	
Wie antwortet DIE LINKE auf die Ausbildungsmisere?	217
Timm Kunstreich	
Lebenslagen von Kindern – Risiko Armut	223
Manfred Auerswald	
Förderschule oder Inklusion in der Gemeinschaftsschule?	227
Nele Hirsch	
Neoliberaler Umbau der Hochschulen und linke Gegenwehr	230
Uwe Findeisen	
Leistungslernen und Schulreform	233
Abkürzungsverzeichnis	241
Die Autorinnen und Autoren	243

Vorwort der HerausgeberInnen

PISA hat geschockt. Bildungspolitik ist wieder ein politisches Thema – nicht nur in Landtagswahlkämpfen, sondern als Dauerbrenner. Aber anders als nach dem Sputnik-Schock und Georg Pichts Warnung vor der »Bildungskatastrophe« (1964) und anders als nach 1945 ziehen die bildungspolitisch Verantwortlichen andere Schlüsse daraus als die breite Öffentlichkeit. Es ist, als ob sich der Fehler von 1989 wiederholt und der Zeitpunkt für zukunftsfähige Reformen verpasst wird. Wurde 1989, nach der Implosion des real existierenden Sozialismus, das westdeutsche Bildungssystem einfach dem Osten aufgepfropft und damit sein schon damals offensichtlicher Anachronismus verlängert, so versucht die Kultusministerkonferenz (KMK) jetzt, verbissen nicht nur am überkommenen Bildungssystem festzuhalten, sondern sogar mehr vom Schlechten zu erreichen. Ihr Versuch, die aufgebrochene bildungspolitische Debatte mit Verdikten zu belegen, ist dennoch gescheitert: Über Schulstrukturen, Chancengleichheit und Bildungsfinanzierung wird diskutiert! Jede neue empirische Untersuchung, ob es sich nun um PISA II und III oder IGLU 2006 (die internationale Leseuntersuchung an Grundschulen mit 45 teilnehmenden Staaten),¹ den Bericht des UNO-Menschenrechtsbeauftragten Munoz oder die OECD-Vergleiche »Bildung auf einen Blick« handelt, konstatiert dieselben Webfehler des deutschen Bildungssystems:

- Es sortiert scharf aus, und das schon nach Klasse 4, und integriert nicht.
- Der Zusammenhang zwischen sozialem Status der Eltern und Bildungserfolg der Kinder ist hierzulande besonders eng.
- Es ist extrem unterfinanziert, vor allem im vorschulischen Bereich und in der Grundschule, wobei der Anteil des Staates an der Finanzierung entgegen dem internationalen Trend sinkt.
- Es weist zwei »Sonderwege« auf (nur noch zusammen mit Österreich und der Deutsch-Schweiz): Die Schüler bleiben häufig sitzen und werden zahlreich von »höheren« in »niedrigere« Schulzweige abgeschult.

¹ Bos/Hornberg/Arnold/Faust/Fried/Lankes/Schwippert/Valtin (Hrsg.) (2007): IGLU 2006 – Zusammenfassung, Handout zur Pressekonferenz am 28.11., Berlin, Manuskript.

Das gesamte Bildungssystem trägt dadurch erheblich dazu bei, die soziale Spaltung zu vertiefen, anstatt sie zu mildern oder zu kompensieren, wie es anderswo geschieht. Wir hegen nicht die Illusion, dass das Bildungssystem die Klassenspaltung aufheben oder beseitigen könnte. Aber in einem demokratischen Sozialstaat muss schon der Anspruch aufrechterhalten werden, dass es wenigstens dazu beiträgt, die soziale Chancengleichheit zu befördern und nicht die Chancenungleichheit zu verstärken.

Doch die KMK hält verbissen an einer Bildungspolitik fest, die hektisch auf Optimierung des unsozialen, herkömmlichen Bildungssystems durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen setzt und der Ökonomisierung des Bildungswesens Tür und Tor öffnet. Das ist zwischen den Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne Konsens: »Zur Verbesserung unseres Bildungssystems darf Marktorientierung nicht länger ein Tabu sein«, hieß es schon 2002 im Vorwort des Buches »Nach dem PISA-Schock«.² Kein Wunder, dass jede neue empirische Erhebung die bildungspolitische Diskussion erneut anheizt und die Reformervorgaben der unmittelbar Betroffenen auflädt, während die herrschenden Bildungspolitiker umso heftiger auf die internationalen Kommentare reagieren. Dennoch hat sich bei Elternvertretern, SchülerInnen und StudentInnen, Lehrlingen und kritischen WissenschaftlerInnen, etlichen Verbänden und Gewerkschaften ein noch diffuses, aber breiteres Bewusstsein von der Notwendigkeit grundlegender Bildungsreformen herausgebildet. Dazu zählen die folgenden Elemente:

- gründliche Strukturreform hin zu einem integrativen Bildungssystem;
- Beendigung der finanziellen Ausmagerung des Bildungswesens, stattdessen erhebliche Erhöhung der Bildungsausgaben;
- pädagogische Reformen, die zu einem fördernden, anregenden Lernklima führen;
- Erhöhung der StudentInnen-Zahlen und der Zahl der beruflichen Ausbildungsplätze;
- Gebührenfreiheit aller Bildungsbereiche;
- besondere Förderung der MigrantInnenkinder

Innerhalb dieser Kernpunkte und vor allem über deren Durchsetzung gibt es erheblichen Diskussionsbedarf. Auch sind die zahlreichen und zunehmenden Proteste gegen die Missstände im Bildungsbereich regional konzentriert, unverbunden und unkoordiniert. So wird in Stuttgart und Wiesbaden für bessere Unterrichtsversorgung protestiert, in Hamburg eine Volksinitiative gegen die Privatisierung der beruflichen Schule erfolgreich abgeschlossen, in

² B. Fahrholz/S. Gabriel/P. Müller (Hrsg.) (2002): Nach dem PISA-Schock. Plädoyer für eine Bildungsreform, Hamburg, S. 12

Brandenburg und Schleswig-Holstein eine gegen die Kosten der Schülerbeförderung begonnen, in Sachsen wird gegen Schulschließungen protestiert, in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg für bessere Finanzierung der Kitas. Die StudentInnen protestieren gegen Studiengebühren, bis hin zum Boykott. Kurz: Die Kräfte reichen noch nicht, die notwendigen grundlegenden Reformen durchzusetzen.

Überall sind in dieser Bildungsreformbewegung kritische Wissenschaftler, DIE LINKE und GEW und ver.di beteiligt und aktiv. Dennoch könnten sie, insbesondere DIE LINKE mit ihren außerparlamentarischen, kommunalen und parlamentarischen Möglichkeiten, deutlicher das Wort ergreifen, ihre Alternativen offensiver vertreten. Unter anderem dazu hat DIE LINKE ihre 1. Bildungspolitische Konferenz vom 23.-25.11.2007 veranstaltet, bewusst in Hamburg, wo am 24.2.2008 Wahlen anstanden. Die meisten Beiträge dieses Bandes entstammen den Referaten und Diskussionsbeiträgen dieser Konferenz.

Die in der BRD wachsende soziale Ungleichheit, die zunehmende Kinderarmut, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit einerseits, die zunehmende Bindung des öffentlichen Bildungswesens an betriebswirtschaftliche Steuerung und die schrittweise Ausrichtung nach Prinzipien der marktwirtschaftlichen Konkurrenz (kurz oft Ökonomisierung oder Verbetriebswirtschaftlichung genannt) und die durch die EU und die GATS/WTO- Verhandlungen verstärkte Tendenz, Bildung als Ware zu betrachten,³ andererseits, haben die Diskussion auf die Frage gelenkt, wie das Recht auf Bildung und die Kinderrechte in der Deutschland realisiert werden können. Das ist für das Kapital aber kein Thema, denn es hat ausschließlich die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft im Auge. Es nutzt die sichtbar gewordene Bildungskrise, die »Reformen« in diesem Sinne zu gestalten und das Bildungswesen völlig dem Verwertungsinteresse des Kapitals zu unterwerfen. Am deutlichsten kommt diese Veränderungsstrategie im »Masterplan für mehr Bildungsgerechtigkeit« zum Ausdruck, der vom Aktionsrat der Vereinigung der bayrischen Wirtschaft vorgelegt wurde. So ist denn auch dieser Hintergrund und gesellschaftspolitische Rahmen zahlreichen Beiträgen dieses Bandes unterlegt, einige liefern analytische Konkretionen dazu.

Andererseits wird auch von der herrschenden Bildungspolitik mehr für die frühkindliche Förderung getan, gehen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin erste, wenn auch unterschiedliche Schritte in Rich-

³ Vgl. Fritz, Th./Scherrer, Ch. (2002): GATS – zu wessen Diensten?, Hamburg; Deckwirth, Ch. (2004): GATS als politisches Projekt, in: Z, Nr. 59, September, S. 49.

tung auf eine Gemeinschaftsschule. Ihre Anhängerschar wächst, und sie wird aktiver. So gelang es der Hamburger Volksinitiative »Eine Schule für Alle« in kurzer Zeit rund 16.000 Wahlberechtigte dazu zu bewegen, per Unterschrift dazu JA zu sagen und die erste Hürde auf dem Wege zum Volksentscheid zu nehmen. Kein Wunder, dass auch die Auseinandersetzung um Struktur, Inhalt und Ausgestaltung dieser »Einen Schule für Alle« erheblich angewachsen ist. Entsprechend breiten Raum nimmt sie in diesem Sammelband ein. Dabei schwanken Begrifflichkeit und Struktur: Nennen die einen diese neue inklusive einheitliche Schule »weiterentwickelte Gesamtschule« und andere »Gemeinschaftsschule«, so zählen einige die Grundschule, die ja schon eine einheitliche Schule für Alle ist, dazu, andere auch die Sonder- und Förderschulen.

Überall schimmert jedoch die Idee der Einheitsschule durch, wie sie von den bürgerlichen Demokraten nach 1848, der demokratischen Lehrerbewegung und der Arbeiterbewegung entwickelt und in Skandinavien, neuerdings in Südtirol und ehemals in der DDR in unterschiedlicher Ausprägung und mit verschiedenen Namen verwirklicht wurde. Auch dazu gibt es einen systematischen Überblick in diesem Band und zahlreiche Beiträge aus linker parteipolitischer und wissenschaftlicher Sicht – nicht widerspruchsfrei und natürlich nicht die Diskussion abschließend. Eher soll sie angeheizt, befruchtet, vertieft und verbreitert werden.

Das gilt auch für den zweiten Themenkomplex, die Bildungsfinanzierung. Obwohl von der KMK tabuisiert, steht gerade sie oft im Zentrum landespolitischer Auseinandersetzungen. Neuerdings auch bei den Verhandlungen der Föderalismus-Kommission II. Insofern finden sich in diesem Band auch dazu Beiträge. Die Marke von 6% des Bruttoinlandsprodukts für die Bildungsausgaben ist nun von links gesetzt! Linke Bildungspolitik, die sich selbst in der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sieht, fokussierte sich schon immer auf das öffentliche Bildungswesen. Geradezu aktuell mutet ihr Slogan: »Freiheitlichkeit, Unentgeltlichkeit, Wissenschaftlichkeit« an. Schon immer war der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der in die Bildung floss, das Ergebnis heftiger Verteilungskämpfe. Das um so mehr heute, wo Lohn- und Bildungsausgaben unter »Humankapital« subsumiert und lediglich als betriebswirtschaftliche Kostenkennziffern betrachtet werden sollen. Das neoliberale Credo, dass sich der Staat zurückziehen und sich auf seine Kernaufgaben beschränken solle, hat im Zuge des Umbaus des Sozialstaats auch das Bildungswesen erreicht. Dennoch ist heftig umstritten, welcher Anteil an Mitteln fließen muss, um ein Minimum an sozialer Inklusion zwecks Herrschaftssicherung zu gewährleisten und gleichzeitig sich als BRD im globalen Standortwettbewerb zu behaupten und an der wissenschaftlich-technischen

Entwicklung mit ihren Innovationsschüben teilnehmen zu können. Hamburgs Bürgermeister von Beust (CDU) jedenfalls hat vor der Wahl 90 Mio. Euro (verteilt über vier Jahre) für sieben sozial belastete Stadtteile locker gemacht, weil er keine »Zustände wie in den französischen Vorstädten« haben wolle. Und nicht zuletzt enthält dieser Band linke Beiträge zu weiteren aktuellen Kontroversen: Über die Frage der Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zur Lehreraus- und Weiterbildung, zur beruflichen Bildung, zur Hochschulsituation, zur Lebenslage von Kindern, zur Frage der Integration und Inklusion und zur Praxis des Leistungslernens. Diese Themen sind keineswegs umfassend behandelt, allerdings dem Thema der Konferenz zugeordnet.

Fast alle Beiträge sind überarbeitete Referate und Berichte von der bereits erwähnten 1. Bildungspolitischen Konferenz der LINKEN, die unter dem Titel »Bessere Bildung für alle – Bildung ist ein Menschenrecht, keine Ware« in Hamburg stattfand. Zum Zwecke einer zeitnahen Dokumentation dieser linken Positionen wurde auf die Bereinigung von Widersprüchen oder unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen an die Themen verzichtet. Gleichwohl spiegeln sie die Breite der Argumentation und die linke Pluralität der Ansätze und Antworten wider. Das entspricht auch der Diskussion auf der Konferenz: Rund 40% der etwa 200 TeilnehmerInnen und ein Drittel der ReferentInnen sind nicht Mitglied der Partei DIE LINKE. Auch wenn diese Konferenz an die ältere Tradition und die Positionen der PDS/Linkspartei anknüpft, wie sie auf neun vorangegangenen Konferenzen entwickelt wurden, sind die Beiträge und Diskussionen aus den Auseinandersetzungen der bildungspolitischen Linken mit der neoliberalen Bildungspolitik der verschiedenen Bundesländer entsprungen.

Dieser Band weist Lücken auf: Einmal inhaltliche. So fehlen hier linke Positionen zur Diskussion um die Wissensgesellschaft und die Humankapital-Theorien,⁴ die Globalisierung und die internationalen Privatisierungstrends in der Bildung.⁵ Konzentriert wurde sich hier auf die aktuellen Privatisie-

⁴ U. Bittlingmayer/U. Bauer (2006): Die Wissensgesellschaft – Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden; Widerspruch 45 (2003): Wissen, Bildung, Informationstechnologie, Zürich.

⁵ Vgl. GEW-Privatisierungsreport 1-5 unter: www.gew.de/Publikationen_aus_dem_Vorstandsbereich_Schule.html; W. Rügemer (2006): Privatisierung in Deutschland – eine Bilanz, Münster; J. Huffschnid u.a. (2004): Die Privatisierung der Welt, Hamburg; Widersprüche (2002): Zur globalen Regulierung des Bildungswesens, Heft 83; März; Wa(h)re Bildung – Zurichtung für den Profit, Schulhefte 113, 2004, Wien; H. Bethge (2007): Bildung zukünftig vom Geldbeutel abhängig?, in: Marxistische Blätter, Heft 3, Essen, S. 88

rungsschritte in der BRD. Die anderen Punkte wurden schon auf der 9. Bildungspolitischen Konferenz der Linkspartei.PDS in Weimar 2005 und auf anderen Konferenzen detaillierter behandelt. In Weimar standen auch Fragen der nicht-formalen Bildung im Kinder- und Jugendhilfebereich oder zur Weiterbildung und linke Positionen zur kulturellen Bildung zur Debatte.⁶ Es fehlt das Problembündel Demokratisierung ebenso wie das der Qualifikationsanforderungen mit Blick auf die wissenschaftlich-technische Entwicklung. Zu PISA, TIMSS und den OECD-Berichten wie zur Auseinandersetzung um die Bildungsstandards⁷ liegen linke Beiträge anderswo vor. Mancher mag eine vorangestellte Analyse der kapitalistischen Gesellschaft vermissen: Sie klingt in etlichen Beiträgen an. In den »programmatischen Eckpunkten« der LINKEN ist der programmatische Diskussionsstand fixiert, auf den sich die der LINKEN angehörigen AutorInnen berufen. Andere Lücken erklären sich ganz einfach dadurch, dass die verschriftlichten Konferenz-Beiträge nicht rechtzeitig fertig geworden sind. Eine rasche Dokumentation zwang zum »Mut zur Lücke«. Und letztendlich wirkt sich auch immer die Konferenzdidaktik aus, die aus zeitlichen Gründen die Konzentration auf bestimmte Schwerpunkte erzwingt, was Lücken bedingt. Ganz verzichtet wurde auf Berichte von den zahlreichen Praxiseinblicken, die am Freitag vor der Konferenz durch Besuch von Schulen und Einrichtungen für die TeilnehmerInnen, die sich dafür freimachen konnten, von Hamburger KollegInnen in ihren Schulen und Einrichtungen vor Ort organisiert wurden.

Wir verbinden mit dieser Veröffentlichung die Hoffnung, dass die Beiträge den gedanklichen Rohstoff und die praktische Hilfe dafür abgeben, dass sich DIE LINKE in der aktuellen großen bildungspolitischen Auseinandersetzung verstärkt zu Wort meldet. Benötigen wir doch dringend ihre bildungspolitischen Aussagen für die aktuellen Kämpfe. Dabei ist es ein Vorzug, dass die hier versammelten Beiträge nicht in abgeschlossenen Parteizirkeln und kleinen Diskussionscliquen entstanden sind. Darüber hinaus hoffen wir, dass die Beiträge dazu führen, Widerspruch und Kritik zu provozieren. Kann doch nur so der neoliberale bildungspolitische Zeitgeist, der durch manches Lehrerzimmer und manchen Fachbereichsrat wabert, zerrissen werden und eine neue linke transistorische Bildungspolitik sich herausbilden.

Januar 2008

*Gerrit Große, Nele Hirsch,
Ulrike Zerhau, Horst Bethge*

⁶ Veröffentlicht in: Zukunftswerkstatt Schule, Heft 1-4, 2005, Berlin.

⁷ T. Feltes (2006): Nationale Bildungsstandards – ein neoliberales Projekt?, in: Utopie kreativ 187, Mai, S. 449.

Anstelle einer Einleitung

Texte aus der Linken zur Bildungspolitik entstehen gemeinhin im erziehungswissenschaftlichen Diskurs, zu Lehrzwecken an Hochschulen, für linke Zeitschriften – wenn sie sich denn für Bildungspolitik interessieren –, als verschriftlichte Referate und Beiträge zu Bildungskonferenzen der Gewerkschaften, der Protestbewegungen oder zu Konferenzen linker Parteien.

Die in diesem Band versammelten Beiträge gehören in die letzte Kategorie. Sie weisen eine Besonderheit auf: Die Bildungspolitische Konferenz der LINKEN fand unmittelbar vor der heißen Landtagswahlkampf-Phase in Hessen, Niedersachsen und Hamburg statt. In diesen Wahlkämpfen spielte die Bildungspolitik eine hervorgehobene Rolle. Und sie fand in Hamburg statt, wo gerade zu der Zeit die Volksinitiative »Eine Schule für Alle« begonnen hatte, in der Bevölkerung Unterschriften zu sammeln. Insofern richteten sich auch viele Beiträge zur Konferenz sowohl an die KonferenzteilnehmerInnen direkt wie an die in diesen Auseinandersetzungen stehenden Aktive und mittelbar an die breite Öffentlichkeit. Insofern geben die beiden ersten Beiträge die Wechselwirkung zwischen linken Positionen und Meinungsbildungsprozess, das heißt, wie diese in der Bevölkerung »ankommen«, anschaulich wieder. Darum folgen hier anstelle einer systematischen Einleitung Auszüge aus den beiden Eröffnungsreden auf der Bildungspolitischen Konferenz der LINKEN.

Horst Bethge

Auf der letzten Bildungspolitischen Konferenz der Linkspartei.PDS in Weimar (2005) forderte sie noch, dass endlich aus PISA, IGLU u.a. Konsequenzen gezogen werden sollten. Dass endlich die überfällige Strukturreform der Schulen angegangen wird, dass mehr Geld für Bildung in die öffentlichen Haushalte eingestellt, dass Bildung nicht als Ware angesehen wird. Wer von uns hätte vor zwei Jahren gedacht, dass wir jetzt, zwei Jahre später, Zeugen eines drastischen Wandels sein würden:

Da gibt es in der ZEIT einen Aufruf, das deutsche Schulsystem zu reformieren und die Schulstruktur zu verändern. Da wird in Celle ein Modellversuch gestartet, alle Schulen zu kommunalisieren. Auf Fehmarn werden das Gymnasium und die Hauptschule abgeschafft. Rheinland-Pfalz geht dazu

über, die Kitas gebührenfrei zu machen. In Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und Schleswig-Holstein werden erste Gemeinschaftsschulen eingerichtet, alleine 50 davon in Schleswig-Holstein. Und in den Bundesländern, in denen Wahlen vor der Tür stehen, überbieten sich die etablierten Parteien plötzlich darin, längst fällige Bildungsreformen und von der Linken seit Jahren geforderte Schritte einzuleiten. So fordert die SPD beitragsfreie Kindergärten und ein kostenloses Mittagessen. Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff (CDU) lässt plötzlich wieder Gesamtschulen zu. Und der Hamburger Spitzenkandidat der SPD, Naumann, verspricht »Bildung zum Nulltarif«. Das Saarland und NRW starten eine Bundesratsinitiative, damit 255 Mio. Euro für HARTZ IV-Kinder zur Verfügung gestellt werden, so dass sie sich wenigstens einen Ränzel kaufen und ein kostenloses Mittagessen bekommen können. Die Hamburger CDU hat innerhalb einer Woche die Bürgerschaft beschließen lassen, dass Schulen auf Notenzeugnisse verzichten können. Welch ein Wandel? Offensichtlich ein Wandel, der durch den öffentlichen Druck und auch auf das Wirken der LINKEN als der Partei, die diesen transportiert, verstärkt, entwickelt, zurückzuführen ist.

Richtige Forderungen sind erst einmal gut. Versprechen sind schön und wärmen das Gemüt. Sie müssen aber dann auch umgesetzt werden. Wir aber wissen, dass z.B. im Hamburger Stadtteil St. Pauli 34,28% der SchülerInnen die Schulen ohne Abschluss verlassen, dass in Hamburg 65.070 Kinder arm sind – in der reichsten Stadt in der EU! Und wir wissen auch, dass laut OECD die BRD nur 10% der öffentlichen Ausgaben für Bildung ausgibt, während es in Mexiko z.B. 20% sind. Das und noch viel mehr wissen wir aus unserer täglichen Praxis. Und deshalb müssen wir Druck machen, dass aus den Ankündigungen Realitäten werden. »Hier ist die LINKE«, heißt es auf den aktuellen Wahlplakaten. DIE LINKE ist angetreten, in vier Punkten Druck zu machen: für mehr und bessere und gebührenfreie Kindergärten, gegen die Privatisierung und Ökonomisierung der Bildung, für eine Schule für alle, für die Erhöhung der Ausgaben für Bildung auf 6% des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist sie angetreten, um, wie es in der Jägersprache heißt, Hunde zum Jagen zu tragen. Aber dabei ist zu bedenken, wie auch die Jäger sagen: Die angeschossene Sau ist gefährlich. Darum ist genau auszuloten, wo und wie der Druck klug angesetzt werden kann.

Dora Heyenn

Noch vor Monaten galt es als ausgemacht, dass die CDU in Hamburg alles tun würde, um die Bildungspolitik aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Die Datenlage in Hamburg übertrifft nämlich alle Negativ-Aspekte des deutschen Schulsystems, wie sie von PISA ermittelt wurden. In der Hansestadt gibt es bundesweit die höchste Zahl von SchülerInnen, die ohne Abschluss die Schulen verlassen, und nirgendwo in der Republik ist der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Schulerfolg bzw. Misserfolg so eindeutig. Frau Dinges-Dierig (die bisherige Hamburger Schulsenatorin, CDU, bereits die dritte Schulsenatorin in fünf Jahren!) wurde mit mehreren Projekten ihrer Bildungsbehörde vom ersten Bürgermeister eigenhändig zurück epfiffen – zuletzt mit der Idee, Geld in die Schuletats durch Werbeverträge mit Coca Cola & Co. zu spülen. Sie wollte bundesweit erstmalig Werbung an Schulen ganz freigeben. Wegen des rasch anschwellenden Elternprotestes trat der erste Bürgermeister vor der Wahl auf die Vollbremse.

Am 30. Oktober 2007 hat sich die Volksinitiative »Eine Schule für Alle« gegründet. Getragen wird sie von Einzelpersonen aus der Patriotischen Gesellschaft, aus der GEW, von ver.di und dem DGB, aus der Lehrer-, Eltern- und Schülerkammer, von einigen SPD-Mitgliedern, Personen aus der GAL und der LINKEN. Seither finden in der Stadt, auf Plätzen und in allen Versammlungen überall Unterschriftensammlungen statt, einen Volksentscheid für die Einführung der Gemeinschaftsschule durch die Änderung des Schulgesetzes durchzuführen.¹

Die CDU reagierte und versuchte in alt bekannter Manier Emotionen und antikommunistische Ängste gegen die Schule für Alle zu schüren. Sie stellte eine Plakataktion »Rette Dein Gymnasium« vor, um für den Erhalt des Bildungsprivilegs zu mobilisieren. Die CDU eröffnete den unfairen Wahlkampf vorzeitig mit der Schulfrage. Das Zauberwort, mit dem die CDU die Gemüter anheizen wollte, hieß »Elternwille«. Damit hatte sie in früheren Wahlkämpfen, z.B. in NRW und Schleswig-Holstein, gepunktet. Ihre durch Reizvokabeln wie »Einheitsschule« angereicherte Kampagne unterstellt, dass die Volksinitiative eine Schule will, die den Eltern ihre Entscheidungsfreiheit für ihr Kind nimmt. Die einzigen, die darauf hüpfen, waren die Sozialdemokraten mit ihrem Landesvorsitzenden Ingo Egloff. So heißt es in ei-

¹ Inzwischen hat die Volksinitiative in wenigen Wochen rund 16.000 Unterschriften gesammelt. Für die erste Stufe des Volksbegehrens sind 10.000 Unterschriften in Hamburg erforderlich. Damit kommt es im September 2008 zur 2. Stufe und 2009 parallel zur Europawahl zum Volksentscheid.

ner Pressemitteilung, die SPD respektiere den Elternwillen und unterstütze vor diesem Hintergrund die laufende Volksinitiative nicht.

Bei genauerem Hinsehen ist jedoch festzustellen, dass der »Elternwille« in Hamburg bei weitem nicht den Stellenwert hat, den CDU und SPD zu suggerieren versuchen. Bei der Einschulung wird er durch den Wohnort eingeschränkt, und es gibt viele Eltern, denen mitgeteilt wurde, dass ihrer Schulwahl für die fünfte Klasse leider nicht entsprochen werden kann. Kinder, die die fünfte Klasse eines Gymnasiums besuchen, müssen damit rechnen, nach Klasse sechs von eben dieser Schule wieder verwiesen zu werden. Wir alle wissen, dass die eigentliche Funktion des Instruments »Elternwille« die Ausgrenzung ist.

Die Schule für Alle möchte erreichen, dass alle SchülerInnen eines Stadtteils von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Sie will den Elternwillen nicht noch weiter einschränken oder gar abschaffen – sie macht ihn schlicht überflüssig. Und das ist gut für alle Beteiligten.

Die besondere Ironie der CDU-Kampagne lag darin, dass sie ausgesuchte Gymnasien für ihren Plakatwahlkampf instrumentalisieren wollte, indem sie den Namen der Schule aufdruckte. Eines hatte sie allerdings vergessen: die Eltern zu fragen, die ihre Kinder an diesen Schulen haben. So weit zum Elternwillen. Aber auch die SchulleiterInnen und Lehrerkollegien legten heftigen Widerspruch ein. Die CDU machte eine Rolle rückwärts und kassierte die Plakate ein. Sie will sie jetzt ändern.

Damit aber nicht genug – der zweite Flop folgte sofort. Eine Umfrage der CDU auf ihrer Homepage zum gewünschten Schulsystem in Hamburg nahm sie nach wenigen Stunden wieder von der Seite herunter, weil sich bereits über 60% für eine Schule für Alle ausgesprochen hatten.

Selbst die nicht als sozialistisch bekannte Bertelsmann-Stiftung erklärte im Zusammenhang mit dem Unicef-Report zur Kinderarmut in Deutschland: Die Aufteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasien ist hinderlich für die Entwicklung der Kinder. Genau diese Aufteilung wird mit dem Hamburger-Zwei-Säulen-Modell fortgesetzt, das die CDU-Mehrheit in der Bürgerschaft beschlossen hat, auch wenn das Wort Hauptschule gestrichen ist. Auch in Hamburg werden Kinder über ihre Eltern definiert und zwar über den Geldbeutel und die kulturelle Herkunft ihrer Eltern. Das fängt in der Kita an und hört im Studium auf. DIE LINKE will deshalb eine gebührenfreie Bildung. Sie ermöglicht gleiche Chancen unabhängig vom Elternhaus.

Die Berufsausbildungssituation in Hamburg ist eine Katastrophe. Über 10.000 Jugendliche, die in den letzten Jahren die Schule verlassen haben, sind in irgendwelchen Warteschleifen untergebracht. Wenn sie die verlassen, haben sie keine qualifizierenden Abschlüsse. Im letzten Jahr haben auch in

Hamburg nur ein Drittel der Lehrstellensuchenden einen Ausbildungsplatz erhalten. SchülerInnen ohne Schulabschluss, mit Hauptschulabschluss und auch viele Realschüler erhalten auch in Hamburg keine Chance auf eine qualifizierende Ausbildung, d.h. sie hängen auf der Straße rum, verlieren noch mehr an Selbstbewusstsein und haben Konflikte in ihrem sozialen Umfeld. So ergab auch eine aktuelle Studie, dass die Obdachlosenzahlen insgesamt in Hamburg gesunken sind, aber die Zahl der jugendlichen Obdachlosen bis zum 25. Lebensjahr stark angestiegen ist. Die aussichtslose Situation vieler dieser jungen Menschen erzeugt Wut und entlädt sich in Gewalt. Wen wundert's? Selbst der »Zukunftsrat Hamburg« hat festgestellt, dass die Jugendarbeitslosigkeit bereits seit 1992 über der allgemeinen Arbeitslosenquote liegt. Dieser Trend hat seither zugenommen und das Gremium hat konstatiert: »Das ist keine zukunftsfähige Entwicklung.« DIE LINKE fordert deshalb eine Ausbildungsplatzumlage, damit alle, die die Schule verlassen, eine Ausbildung mit qualifizierendem Abschluss erhalten. Eine Studie von »Timescout« hat kürzlich festgestellt, dass drei von fünf Jugendlichen sich unter Druck gesetzt fühlen.

Auch die Lehrer werden überfordert. Die meisten können nicht bis zur Erreichung der Pensionsgrenze arbeiten, die Krankheitszeiten nehmen zu, Burnout-Syndrome sind bereits zur Berufskrankheit geworden. Durch die ständig wachsenden Belastungen und die gestiegenen Wochen-Unterrichtsstunden hat der Arbeitgeber sich seit langem von seiner Fürsorgepflicht verabschiedet. DIE LINKE tritt deshalb für die Abschaffung des Hamburger Arbeitszeitmodells, die Reduzierung der Unterrichtsstunden und eine sofortige Einstellung von 1.200 Lehrern ein. Es muss ein Rahmen geschaffen werden, damit Lehrkräfte wieder ausreichend Zeit für die einzelnen SchülerInnen haben.

DIE LINKE trägt die Volksinitiative »Eine Schule für Alle« mit und hofft, dass über diesen Weg die Politik und die Bürgerschaft – per Elternwille! – gezwungen wird, sie 2012 einzuführen.